

Dresdener Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: 5453, Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Anzeigebureau
und Drucken, K.-O. Dresden.
Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Erkrankungen irgendwelcher Art, ist es durch oder über Stellvertreter des Verlegers der Dresdener Volkszeitung deren Antritt auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Fortsetzung der Zeitung.

Abdruck mit der Erlaubnis der Verlagsredaktion ist gestattet. Die Abdruckung von Texten, die nicht in der Zeitung erschienen sind, ist ohne Erlaubnis der Verlagsredaktion untersagt.

Schreibleitung: Wenzelstein 11, Sonnabend, Nr. 534, Dresden
Kunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Schickfrist: Wenzelstein 11, Sonnabend, Nr. 534 und 1270.
Beitragzeit von 7 bis 11 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abdruckpreis: Grundpreis, die 10 mm breite Monatshefte
je 25 Pf., die 10 mm breite Monatshefte 200 Pf., 10 mm breite
Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf., Familienanzeigen, Stellen- und Dienst-
erfolge 40 Pf. und 250 Pf., für Kleinanzeigen, 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 266 Dresden, Sonnabend, den 14. November 1931 42. Jahrgang

Wahlungene Indientkonferenz

London, 13. November. (Fig. Drahtber.)

Die Indientkonferenz ist am Freitag mit einem glücklichen Erfolg zu Ende gegangen. Der Premierminister mußte als Vorsitzender des Kinderheilenausschusses feststellen, daß eine Einigung über die Frage der Beilegung der verschiedenen Winderheiten an der Zentral- und Provinzialverwaltung nicht erreicht werden konnte und daß damit die Aufgabe der Konferenz, nämlich die gemeinsame Arbeit zwischen Vertretern Indiens und Englands einer freierwilligeren Verfassung für Indien herzustellen, ungelöst bleiben müsse, da die Lösung der Kinderheilenfrage die absolute notwendige Voraussetzung für eine selbständige Verfassung Indiens ist.

Was soll nun geschehen? Der Premierminister schlug vor, die Berichte der Unterausschüsse in wenigen Tagen einer letzten Vollziehung der Konferenz vorzulegen und hielt für diese Gelegenheit eine abschließende Erklärung der Regierung über ihre Indientpolitik in Aussicht. Nach dem es nicht gelungen ist, zusammen mit Indien eine Verfassung vorzubereiten, bleibt nur die Möglichkeit, daß die britische Regierung eine solche Verfassung einführt, die freierwillig genug ist, von Indien angenommen zu werden, und gleichzeitig die Rechte Englands so weit wahr, daß die Konsultationen im englischen Parlament sie billigen. Eine solche Verfassung müßte natürlich eine Lösung der Kinderheilenfrage einschließen, die den Frieden in Indien sichert. Ist eine solche Lösung überhaupt zu finden?

Bereits vor fünf Wochen hatten die Hindus und Moslems den Delegierten erklärt, daß sie zu keiner Einigung gelangen könnten. Das kürzlich erreichte Abkommen zwischen den Moslems und kleineren Winderheiten hatte vorübergehende Hoffnungen erweckt, daß nun doch noch eine Einigung zwischen Moslems und Hindus herbeizuführen sei. Das hat sich nunmehr als unzulänglich erwiesen, da das erwähnte Abkommen die von der Mehrheit, nämlich den Hindus, angestrebte Grundzüge völlig vernachlässigt. Ein nicht unbedeutlicher Teil der indischen Delegierten hat angefordert, daß die Verhandlungen abgebrochen werden und die indischen Delegierten sich selbst einen Vermittlungsvorschlag zur Lösung der Kinderheilenfrage vorlegen. Hat die englische Regierung einen Vorschlag, der Aussicht auf Annahme in der Öffentlichkeit, und will sie die Verantwortung dafür übernehmen? Wodurch scheint es zu zögern. Es ist verständlich, denn er hat nicht nur mit den indischen Nationalisten zu rechnen, die den Winderheiten kein Recht auf Verhandlungen, sondern auch mit den Nationalisten im eigenen Land, die Indien keine Freiheit gönnen.

Die braune Terrorwelle

Beschluß der KPD. gegen Terrorakte - Was tut Brüning?

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat einen bemerkenswerten Beschluß angenommen, in dem es mit großer Deutlichkeit und Schärfe von den Terrorakten einzelner Mitglieder der Partei absieht und für den Fall ihrer Wiederholung die schärfsten disziplinarischen Maßnahmen androht. Daß es dabei nicht ohne einen Seitenhieb gegen die Sozialdemokratie als „die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ abgeht, versteht sich von selbst. Doch das interessiert nur verhältnismäßig wenig, weniger jedenfalls als die Tatsache, daß es nach der Feststellung in der doch angeblich so einigen kommunistischen Partei noch immer einen rechten, vor der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie zurückweichenden Opportunismus und außerdem eine „linke Gefahr“ gibt. In diesem Beschluß und der nationalsozialistischen Bürgerkriegspropaganda schreibt der Soz. Pressebrief:

Das Wesentliche an dem Beschluß der KPD. bleibt doch die entschiedene Verurteilung des Terrorismus, die, ohne natürlich die Idee der Revolution und des Klassenkampfes aufzugeben, jede Verletzung oder Aushöhlung der terroristischen Ideologie und Praxis für unzulässig erklärt. Ob der Beschluß mit den in letzter Zeit umlaufenden Gerüchten von der Absicht eines Verbots der Partei zusammenhängt oder ob mit dem Bedürfnis ruhlands, guten wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland einige Steine aus dem Wege zu räumen — das mag dahingestellt bleiben: jedenfalls ist er vernünftig und hoffentlich wird ihm allgemein entsprochen. Damit wäre dann auch wenigstens eines der Hindernisse beseitigt, die leider einem gemeinsamen Abwehrkampf des gesamten Proletariats gegen den Faschismus entgegenstehen.

Nun haben ja auch die Nationalsozialisten immer wieder durch den Mund einzelner ihrer Führer Regalitätschwüre ablegen lassen. Aber gar nicht davon zu reden, daß dieses Bekenntnis zur Regalität bei sehr vielen ebenfalls an prominenter Stelle stehenden Hitler-Deuten eine höchst merkwürdige Auslegung gefunden hat, sieht die Praxis doch wesentlich anders aus. Es haufen sich die Mordtaten und die sonstigen Gewaltakte, die von den SA-Truppen begangen werden. In einzelnen Orten und einzelnen Gegenden ist ein völliges Terrorregiment dieser Pratorianergarden aufgerichtet, und die mit ihnen nicht sympathisierende Bevölkerung, nicht zuletzt die Mitglieder des Reichsbanners und der Sozialdemokratischen Partei, ist ihres Lebens nicht mehr sicher. Daß bei den sich immer wiederholenden Zusammenstößen gelegentlich auch Gassenkreuzer zu Schaden kommen, ist richtig, aber in den meisten Fällen haben sich ihre Gegner in der Abwehr befunden, und um sich klarzulegen, auf welcher Seite die Schuld an der

öffentlichen Unsicherheit liegt, braucht man sich doch nur vor Augen zu halten, daß vor dem Erstarken des Nationalsozialismus politische Zusammenstöße mit blutigem Ausgang, wie sie sich heute Tag für Tag ereignen, zu den allergrößten Seltenheiten gehörten.

Daneben die Befehle, die die leitenden Stellen der Hitlerischen Privatarmee ausgeben! Sie flingen wie die Anordnung zu einer unmittelbar bevorstehenden gewalttätigen Aktion für die Nachtergreifung. Sie beweisen auf jeden Fall, daß hier ein Instrument vorhanden ist und gehandhabt wird, das sich gegen den heutigen Staat und gegen die Parteien und Klassen richtet, die ihn tragen. Sie stehen im schärfsten Widerspruch zu allen Regalitätsbetonungen.

Lassen alle diese Einzelakte und diese Mobilisationsordern nun für die nächste Zeit — nur von ihr können wir reden — auf die Absicht eines rechtsradikalen Putzschlusses? Sicher gibt es in den Reihen der SA. gahrende, die nicht nur mit solchen Plänen spielen, sondern sie auch zu fördern und zu verwirklichen bestrebt sind. Aber es ist anzunehmen, daß die oberste Leitung das Abenteuer nicht will, jedenfalls jetzt noch nicht will. Das Risiko ist ihr zu groß. Sie weiß, daß es aller Wahrscheinlichkeit nach an den Nachmitteln, die den Staat — und der Arbeiterschaft — zur Verfügung stehen, scheitern würde, und daß ein Risiko für die nationalsozialistische Bewegung verhängnisvoll werden müßte. Wenn sie trotzdem ihre Propaganda- und Kampagne führt, so verfolgt sie damit zunächst den Zweck, die Bevölkerung zu beunruhigen und in Schrecken zu versetzen. Es ist die Strategie der Herzmürbung, durch die vor allem das Bürgertum, soweit es noch außerhalb des Hitler-Lagers steht, dazu gebracht werden soll, seinen Widerstand gegen die Reichsregierung aufzugeben. Und man muß zugeben, daß diese Taktik nicht ohne Erfolg bleibt. Es mehren sich die Stimmen derer, die verängstigt die nationalsozialistische Nachtergreifung für unvermeidbar erklären und daher bereit sind, den Faschisten den Weg freizumachen.

Die Stellen, die die Pflicht haben, den Staat gegen seine Angreifer zu verteidigen, erfüllen diese Pflicht gar nicht oder nur höchst unzureichend. Die öffentliche Ruhe und Sicherheit ist aufs schwerste bedroht. Das Leben deutscher Republikaner ist mehr gefährdet als das Leben eines Menschen im finsternen Pulkon. Eine Privatarmee hat sich organisiert, läßt Terrorakte aus oder macht sich Folterrecht an. Man geht gegen die einzelnen Lebeltäter vor, aber schon die Gerichte verlangen zum guten Teil, und bei der Reichsregierung vermisst man bis heute den Entschluß, das Uebel an der Wurzel zu fassen und eine wirklich entschlossene Frontstellung gegen die nationalsozialistische „Revolutionäre“ einzunehmen.

Will die Regierung die Linie innehalten, auf der sie angetreten ist, so muß sie sich endlich zu Entschlüssen aufraffen. Läßt sie die Dinge treiben, läßt sie in einem

Urteil gegen Alfons

H. Madrid, 13. November. (Fig. Drahtber.)

Der spanische Exkönig Alfons ist von dem Staatsgerichtshof der Majestättsbeilegung gegen das Verbrechen des Völkermordes und der militärischen Rebellion für schuldig befunden worden. Das Urteil lautet auf Aberkennung aller Rechte, Würden und Titel. Falls der Exkönig nationales Asyl betreiben sollte, wird auf lebenslängliche Haft genommen werden. Sollte sein Erscheinen den Bestand der Republik gefährden, so soll er hingerichtet werden.

Die Nationalversammlung tritt in der nächsten Woche zu einer Geheimberatung über die Anklageschrift und das Urteil zusammen. Sobald die Nationalversammlung dem Urteil zugestimmt hat, ist es rechtskräftig.

Die Münzberger hängen bekanntlich keinen, den sie nicht lieben und so wird Alfons trotz dem Urteil weder hingerichtet noch eingesperrt werden. Er hat sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht und wird den vaterländischen Boden nicht mehr betreten. Immerhin ist es erfreulich, daß die Spanier, soweit ihnen das noch möglich ist, mit ihrem verstorbenen Landesherren energisch abrechnen. Damit wird wenigstens dafür gesorgt sein, daß Alfons nicht von Rechts wegen Millionenvermögen durch die Gerichte ausgebrochen werden können, was das in Deutschland bei so vielen Angehörigen der Herrschaftsklasse geschah. Allerdings dürfte Alfons reichlich verschont haben. Der Mann wird keine Not leiden, auch wenn er, wie vorausgesehen ist, lebenslänglich arbeitslos bleibt.

Die Hitler-Banknote

Ein Schwerindustrieller von Düsseldorf, der mit nationalsozialistischen Führern an einer gemeinsamen Tafel teilnahm, verlor seinen Schein, der neben dem Salzfiskus die bekannte Inschrift zeigt: „Urkunde. In Deutschlands tiefster Not gab der Inhaber dieser Urkunde für den Kampf um Deutschlands Ehre und Freiheit den Betrag von 100 Mark. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Kreis Düsseldorf, Winter 1931/32.“ Hitler drückt also eigene Bankerzettel aus, die ihm von den Schwerindustriellen gegen bares Geld abgenommen werden. Die Tatsache, daß die Hitler-Partei Subventionen von der Schwerindustrie bezieht, ist damit ganz einwandfrei festgestellt. Es ist verständlich, daß die Herren Schwerindustriellen den Versuch unternehmen werden, ihre Hitler-Hundertmarkscheine als vom Staat und der Arbeiterschaft besohlen zu lassen.

Weltkonferenz der Gewerkschaften

Gemeinsame Aktionen gegen die Krise und für Abrüstung

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes schloß am Freitag seine Beratung über die Bekämpfung der Wirtschaftskrise ab. Er sprach seine Zustimmung zu dem von Albert Thomas, dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, ausgearbeiteten Plan für internationale öffentliche Arbeiten aus und beschloß die Einberufung von Wirtschaft- und Finanzsachverständigen zur Beratung der durch diesen Plan gestellten Aufgaben. Die Sachverständigen sollen auch zur internationalen Geld- und Kreditfrage Stellung nehmen, um Wege anzugeben, die zur Überwindung der Krise führen können.

Um in dieser für das Weltproletariat so ersten Zeit eine einheitliche Stellungnahme und ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften

aller Länder herbeizuführen, erwog der Vorstand die Möglichkeit der Abhaltung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zur Beratung der Wirtschaftskrise und ihrer Bekämpfung. Der Vorstand beschloß, bei dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund telegraphisch anzufragen, ob er gewillt sei, an einer solchen Konferenz teilzunehmen.

Die Konferenz der internationalen Berufssekretariate soll am 12. März 1932 und den folgenden Tagen in Bern abgehalten werden.

Die nächste Zusammenkunft für längere Gewerkschaftsmittglieder wird vom 24. bis zum 30. Juli 1932 in Uster bei Zürich stattfinden.

Eine Einladung der Sozialistischen Arbeiterjugend-Internationale an das Komitee für Jugend- und Bildungsfragen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Teilnahme am Kongreß der Internationale sowie an einer internationalen Aktion zugunsten von Frieden und Abrüstung wurde in zustimmendem Sinne beantwortet. Ein Anschließersuchen einer Landeszentrale in Holländisch-Indien, die 20 000 Mitglieder zählt, soll in empfehlemem Sinne dem Ausschuss unterbreitet werden.

Die nächste Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes findet am 4., 5. und 6. Januar 1932 in Berlin statt.

Amerika entscheidet

Das Zustandekommen der Weltkonferenz hängt von der Haltung der Amerikaner ab. Finde die Konferenz statt, dann besteht die begründete Hoffnung, daß neben dem Gewerkschaften Europas 4 Delegationen aus Australien, Japan, Indien, Lateinamerika und Kanada an der Tagung teilnehmen.